

Kein "Dampfbad des Volksempfindens": Bericht zur Tagung 'Liberalismus - Traditionen, Konstellationen, Ausblicke' der DVPW-Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte, Ludwig- Maximilians-Universität, München, 16.-18. März 2016

Häger, André

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Häger, A. (2016). Kein "Dampfbad des Volksempfindens": Bericht zur Tagung 'Liberalismus - Traditionen, Konstellationen, Ausblicke' der DVPW-Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte, Ludwig-Maximilians-Universität, München, 16.-18. März 2016. *ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie*, 7(1), 129-135. <https://doi.org/10.3224/zpth.v7i1.11>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Kein „Dampfbad des Volksempfindens“

André Häger*

Bericht zur Tagung *Liberalismus – Traditionen, Konstellationen, Ausblicke* der DVPW-Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte, Ludwig-Maximilians-Universität, München, 16.–18. März 2016

Das „21. Jahrhundert“, so die Prognose des Ideenhistorikers Panajotis Kondylis (2001: 12), wird „die Abschaffung des Liberalismus bedeuten.“ Die Äußerung gewinnt an Geltung. Gerade in einer Zeit, in der das Liberale im „Dampfbad des Volksempfindens“¹ zu versiegen droht; in der Menschen wieder nach Heimat und nationalem Zusammenhalt begehren; in der die Sehnsucht nach der homogenen Gemeinschaft Einzug hält – dem, was Émile Durkheim (1992: 118) „mechanische Solidarität“² nannte – und in der mit Nationalfahnen nicht nur Fußballfröhlichkeit, sondern Fremdenfeindlichkeit demonstriert wird.

Möglicherweise war es eine derartige Impression, aus der heraus es den Veranstaltern Karsten Fischer (LMU München) und Sebastian Huhnholz (LMU München) geboten schien, zum Thema *Liberalismus – Tra-*

ditionen, Konstellationen, Ausblicke einzuladen. Diese Vermutung sei erlaubt, diagnostizierte doch Huhnholz zum Auftakt der Tagung: Gegenwärtig gebe es keinen liberalen Topos, der sich nicht Zweifeln an seiner Funktionalität und Integrität ausgesetzt sehe. Der Liberalismus avanciere zum Sündenbock, zur nahezu beliebigen Projektionsfläche wutbürgerlicher Frustration wie eines gesellschaftlichen Unbehagens überhaupt. Entsprechend würde auch auf verschiedenen Theorieebenen eine Vielzahl an Kritiken laut, die Grundsätzliches gegen den Liberalismus in Stellung bringen. Und angesichts der aufgeheizten Stimmung sei es angebracht, aus diesem „Dampfbad“ auszusteigen und die Frage zu stellen, was Liberalismus ist.

Die Tagung nahm diese Frage aus drei Perspektiven in den Blick. Zunächst wurde sich im Block *Traditionen* der liberalen Denktradition vergewissert und sodann im Block *Konstellationen* der Konfliktlagen, in denen sich der Liberalismus in der Moderne wiederfindet. Im Block *Ausblicke* wurde schließlich sein Verhältnis zum Neoliberalismus und zum Feminismus betrachtet.

* Dipl.-Pol. André Häger, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Kontakt: andre.haeger@politik.uni-halle.de

1 Diese Formulierung Ralf Dahrendorfs entlehne ich dem Vortrag „Spuren eines gehaltvollen Liberalismus in der Ideengeschichte der BRD: Ralf Dahrendorf und Jürgen Habermas“ von Matthias Hansl (LMU München).

2 „Mechanische Solidarität“ kann als eine Solidarität, „die aus dem Zusammengehörigkeitsgefühl in einer geschlossenen Gemeinschaft, Gruppe, Organisation oder Gesellschaft resultiert“, verstanden werden (Münch 2008: 296).

Traditionen

Vom passenden Ambiente gerahmt, erfolgte der erste Block der Veranstaltung *Traditionen* auf dem Areal des Schlosses Nymphenburg, genauer: in den Räumen der Carl Friedrich von Siemens Stiftung. Nachdem *Hans Vorländer* (TU Dresden) die Verfassung als eine liberale Erfolgsgeschichte befragte und auf die prekären Grundlagen der politischen Ordnung verwies, sodann *Florian Meinel* (HU Berlin) sich aus juristischer Perspektive des Begriffes „Legitimität“ annahm, gekonnt Irrwege eines verfassungsrechtlichen Grundbegriffes im liberalen Staat aufzeigte und mit Böckenfördes Theorie der Legitimationsketten pointierte, kam *Harald Bluhm* (Universität Halle-Wittenberg) auf *Neubestimmungen von Liberalismus: Freiheit und Demokratie bei Tocqueville, Mill und Marx* zu sprechen. „Public political science“ lautete das ausgegebene Stichwort, mit dem das Gemeinsame der drei Autoren aus dem 19. Jahrhundert vorgestellt wurde. Die Bestimmung von Liberalismus bei Tocqueville, Mill und Marx erfolge anhand einer neuen Beschreibungssprache, die zwar wissenschaftlich, aber eben nicht spezifisch fachwissenschaftlich sei und in allgemeinen literaten Öffentlichkeiten und Gegenöffentlichkeiten ihr Publikum finde. Während Tocqueville die Neubestimmung von Liberalismus im Rahmen von „public political science“ durch Überlegungen zum Wandel der politischen Sprache in der Demokratie realisiere, ginge es Mill um erfahrungsgesättigte und nachvollziehbare Begriffe. Marx schließlich wehre spekulative Reden ab und bekämpfe mit seiner Ideologiekritik bürgerlich-abstrakte Beschreibungen, die von spezifischen Vorurteilsstrukturen und Ausblendungen durchzogen seien. Zudem werden Liberalismus und Freiheit bei den besagten drei Autoren von der Gesellschaft her gedacht, warum Bluhm die Neubestimmungen auch als gesellschaftstheoretische verstanden wissen wollte. Die Freiheit des Individuums werde von Tocqueville, Mill und Marx als sozial eingebettet begriffen und in ihren poli-

tischen Konzepten seien soziale Integration ebenso wie Ökonomie, Klassen und Konflikt prononciert.

Die Keynote: Liberalismus und Islam

Auf den Block *Traditionen* folgte die Keynote von *Reinhard Schulze* (Universität Bern). Sein Vortrag *Liberalität im Islam und die Suche nach einem islamischen Liberalismus* setzte mit der im Konnex islamischer Debatten situierter Frage ein, ob der politische Liberalismus einer religiösen oder der religiöse Liberalismus einer politischen Legitimation bedarf, um erfolgreich zu sein. Und die im Argumentationsgang entfaltete Antwort lautete: Ein erfolgreicher religiöser Liberalismus habe einen politischen Liberalismus zur Voraussetzung. Über allerhand Informatives und Instruktives – genannt sei hier lediglich das Anekdotische zu Hugo Marcus (1880–1966),³ der ein pluralistisches Leben als Muslim, Mitglied der jüdischen Gemeinde, Philosoph, Mitstreiter im George-Kreis und bekennender Homosexueller geführt und diese Lebensführung mit dem Islam begründet habe – stieß Schulze zum Problem des Fehlens einer islamischen Theologie vor. Zwar gebe es seit jeher eine facettenreiche islamische Auslegungsordnung, die durch gegenseitige Duldung der jeweiligen Auslegung Bestand habe, aber ein institutionelles akademisches Feld, das die Gesamtheit der Auslegungen in Form einer Theologie im modernen Sinne repräsentiere, gebe es nicht. Was schier fehle, seien theologische Fakultäten. Liberale Theologie hänge entscheidend von freien akademischen Gemeinschaften, sprich von unabhängigen Universitäten, ab. Diese aber seien nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und sukzessive seit den 1950er Jahren in fast allen arabischen Ländern Verstaatlichungsprozessen zum Opfer gefallen. Ohne die Bedingungen

3 Für Anmerkungen zum Leben und Wirken von Hugo Marcus vgl. Wissner (2014).

einer liberalen Ordnung, die den Universitäten Autonomie zubillige, sei eine weitreichende Entfaltung eines islamischen liberalen Denkens nicht möglich. Gleichwohl: Es gebe Bestrebungen, den Islam einer differenzierten kritischen Theologie zu unterstellen. Wirkmächtig aber, das ließe sich mit Blick in die jüngere Geschichte sagen, werden solche Bestrebungen nur im Kraftfeld eines politischen Liberalismus. Erst in einem solchen Kraftfeld gedeihe eine islamische Theologie, verstanden als eingebettet in eine Diskursgemeinschaft, in der auch eine nicht-islamische akademische Öffentlichkeit die Schaffung des Profils eines islamischen, religiösen Liberalismus mitgestaltet.

Konstellationen

Am frühen Vormittag des zweiten Tages nahm *Michael Schefczyk* (Karlsruher Institut für Technologie) auf dem Podium Platz und sprach ebenfalls zu John Stuart Mill. Trotz eines Wechsels des Veranstaltungsortes – getagt wurde nun in den Räumlichkeiten der Ludwig-Maximilians-Universität – erwuchs durch das erneute Bewerben des Denkens von Mill der Eindruck eines homogenen Übergangs zwischen den Tagungstagen. Dass Schefczyk das tags zuvor ausgegebene Stichwort „public political sciene“ aufgriff, trug zu dieser Impression bei. Thematisch ging es nun aber insbesondere um wirtschaftliche und politische Freiheit. In geradezu frappierender Weise spreche Mill von den Fragen unserer heutigen Zeit. Eine solche Frage sei, wie wirtschaftliche und politische Freiheit zueinander in Beziehung stehen. Derzeit werde strikt zwischen politischem und wirtschaftlichem Liberalismus getrennt; erstgenannter erfreue sich weitgehender Zustimmung, letztgenannter werde argwöhnisch beäugt. Im Lichte dieses Schismas könne auch Mill gelesen werden; einmal als der Denker, der gemeinsam mit seiner Frau Harriet das Freiheitsprinzip verteidige, und dementsgegen als der Autor, der mit seiner Theorie liberaler Wirtschaftspoli-

tik dem Laissez-faire-Prinzip und dem Erwerb materieller Vorteile das Wort rede. Mit einer solchen Lesart werde es denkbar, Mills politischem Liberalismus beizupflichten und zugleich seinen Wirtschaftsliberalismus argwöhnisch zu betrachten, was ins aktuell zu beobachtende Schisma passe. Gegen eine solche Lesart wandte Schefczyk ein: Mill fasse nicht beide Spielarten des Liberalismus unabhängig voneinander, vielmehr impliziere nach ihm der politische Liberalismus den Wirtschaftsliberalismus. Das Prinzip individueller Freiheit, das im Interesse des Menschen als eines entwicklungsfähigen Wesens gründe, erstrecke sich auf alle Formen menschlicher Interaktion und somit auch auf das Wirtschaften, also auf die Produktion, die Verteilung und den Austausch von Wohlstand. Aus diesem Grund finde sich bei Mill der Gedankengang, dass auf einer gewissen gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungsstufe, nämlich genau dann, wenn eines verheißungsvollen Tages Zentralverwaltungswirtschaften höhere Wachstumsraten erzielen und so das Ziel der Wirtschaftspolitik ergiebiger erfüllen könnten als liberale Marktwirtschaften, politisch dennoch wirtschaftliche Freiheit gewährt werden müsse.

Jens Hacke (Hamburger Institut für Sozialforschung) stellte mit seinem Vortrag die „hellere Seite“ der Weimarer Republik heraus. Gefragt wurde titelgebend nach der *Gründung der Bundesrepublik aus dem Geist des Liberalismus*. Sollte dieser Geist mit ideengeschichtlichen Traditionsangeboten in Verbindung stehen, so die gegebene Antwort, dann müsse dieser Geist von den „helleren“ Aspekten des demokratischen Liberalismus der Weimarer Zeit genährt sein. Die Auseinandersetzung mit Weimar, der Zwischenkriegszeit und der sich darin vollziehenden Krise des Liberalismus gebe zwar keine Patentrezepte an die Hand, aber immerhin Hinweise auf bestimmte Kennzeichen liberalen Denkens, die seither in das Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt seien. Und derlei Kennzeichen gebe es mindestens vier. Mit Blick auf Weimar ließe sich zu-

nächst zeigen, dass spannungsgeladener Pluralismus konstitutiv für liberales Denken ist. Ein solches Denken sei daher nur als Einheit konkurrierender Liberalismen zu begreifen. Von hier leitete Hacke ein zweites Kennzeichen ab, nämlich die Unausweichlichkeit, die wirtschaftliche Ordnung als „mixed market economy“ zu begreifen und als politisch gestaltbar zu denken. Ein naturreiner Kapitalismus komme für Liberale nicht in Betracht. Drittens hätten die Liberalen der Zwischenkriegszeit dafür gestritten, ideologische Vorstöße zu einer geschlossenen unfreien Gesellschaft abzuwehren und die Gesellschaft offener zu machen. Schließlich sei man sich zur Weimarer Zeit auf liberaler Seite darüber im Klaren gewesen, dass Demokratie nur als repräsentative und damit liberale Demokratie praktikabel sei. Dass eine eindimensionale Thematisierung der Demokratie ohne implizierte liberale Idee dazu tendiere, in die Sogwirkung des Autoritären zu geraten, sei eine Erkenntnis, die die Liberalen jener Zeit durch ihre Auseinandersetzung mit dem Faschismus gewonnen hätten. Auch heute seien diese vier Kennzeichen für liberales Denken wichtig und könnten auch, so Hacke vorsichtig, für den bundesrepublikanischen Geist des Liberalismus konstitutiv gewesen sein.

Im Anschluss sprach *Matthias Hansl* (LMU München), der mit seinem Vortrag *Spuren eines gehaltvollen Liberalismus in der Ideengeschichte der BRD: Ralf Dahrendorf und Jürgen Habermas* der jüngeren deutschen Geschichte im wahrsten Sinne Leben einhauchte. Was sich beim Vergleich der beiden bundesrepublikanischen Intellektuellen zeige, sei bei aller Differenz ein Zusteuen ihrer Konzepte in den 1970er und 1980er Jahren auf einen „gehaltvollen Liberalismus“. Zunächst schärfte Hansl den von ihm prononcierten Begriff, indem er marktfreundlichen Neoliberalismus, reformunwilligen Liberalkonservatismus und technokratischen Konservatismus als Antipoden eines „gehaltvollen Liberalismus“ vorstellte. Weitere Kontur gewinne ein solcher Liberalismus zudem durch zweierlei: zum einen durch Ermunterung der Staatsbürger zu mehr

politischem Widerspruch in den Routinen einer bürokratischen Megamaschine; zum anderen durch Rückbindung von Demokratisierung und Politisierung an einen universalistischen Sozialcharakter. Insbesondere im kollektiven Taumel der deutschen Wiedervereinigung sei nun der „gehaltvolle Liberalismus“ von Dahrendorf und Habermas hervorgetreten. Angesichts zunehmender populistischer Anfeindungen der liberalen Demokratie hätten beide ihr Augenmerk auf den Rechtsstaat verlagert und dem nationalen Taumel ein auf den Rechtsstaat verpflichtetes „Vorwärtsverteidigen des Kantischen Aufklärungsideals“ entgegengehalten. Erinnerung wurde in diesem Zusammenhang auch an den von Habermas im Einigungsjahr geforderten europäischen Verfassungspatriotismus, womit die Hoffnung auf Ausbreitung eines integrationsfreundlichen und universalistischen Sozialcharakters in den europäischen Mitgliedsstaaten verbunden gewesen sei. Dass eine solche Hoffnung, so unterstrich Hansl abschließend mit Worten Dahrendorfs und mit Blick auf Tagespolitisches, derzeit im „Dampfbad des Volksempfindens“ aufgelöst werde, sei bedauerlich.

Am Nachmittag war dann Jürgen Habermas auch leibhaftig auf der Tagung zugegen, nahm im Auditorium Platz und verfolgte den Vortrag *Inklusion oder Exklusion? Zur Rolle von Religion in der politischen Öffentlichkeit* von *Thomas M. Schmidt* (Universität Frankfurt a.M.). Schmidt sprach sich gegen eine Exklusion von Religiösem aus politischen Debatten aus. Hierfür bewarb er den amerikanischen Philosophen Nicholas Wolterstorff als Kritiker von John Rawls. Während Rawls die politische Ordnung auf einer unabhängigen Vernunftbasis begründe, damit eine Trennung von Religion und Politik vornehme sowie den wechselseitigen Respekt der Mitbürger in einer pluralistischen Gesellschaft nur durch Ausschluss bestimmter Überzeugungen aus politischen Debatten garantiert sehe, hebe Wolterstorffs Ansatz auf Inklusion ab. Nach Wolterstorff bedürfe es keiner konsensfähigen vernünftigen Prämissen und Argumentationsweisen

im öffentlichen politischen Diskurs. Im Gegenteil. Gefragt sei ein Mehr an divergierenden, auch prinzipiell nicht konsensfähigen Auffassungen. Um in einer pluralistischen Gesellschaft den wechselseitigen Respekt der Mitbürger zu garantieren, so Schmidt mit Rekurs auf den von ihm beworbenen Philosophen, sei kein Konsens, sondern eine ethische Fundierung der Bürgerrolle vonnöten. Eine solche Fundierung ließe sich durch ethische Kontexte dichter Beschreibung gewinnen, wie sie die Religionen repräsentieren. Dafür freilich müsste Religiöses in der politischen Öffentlichkeit inkludiert und nicht exkludiert sein.

Der Block *Konstellationen* wurde durch eine Podiumsdiskussion zwischen Hauke Brunkhorst (Universität Flensburg), Helmut Willke (Universität Friedrichshafen) und Armin Nassehi (LMU München) abgerundet. Zur Diskussion stand die Frage, wie das Phänomen des Populismus im Spannungsfeld zwischen Liberalismus und Demokratie zu verorten sei. Hinzu kamen Fragen zur Handhabung des Phänomens mit dem Instrumentarium liberaler bzw. deliberativer Demokratie sowie zur Legitimität einer technologischen Lösung der Populismuskrise. Dass die Diskutanten sich von diesen Fragen indes nur unwesentlich irritieren und anstatt präzisen Antworten Vielfältiges verlauten ließen, machte dann gerade den Reiz der Podiumsdiskussion aus. Brunkhorst warnte vor einer Zunahme autoritärer Lösungen und bezeichnete mit Verweis auf technokratische Tendenzen den Populismus als „Salz in der Suppe“, verstanden als eine Zutat, die in gewisser Dosis auch in eine Demokratie gehöre. Willke mahnte fehlenden Realismus an und betonte die weitreichende Abhängigkeit der Parlamente von Experten. Das Problem sei nicht das Wirken von Experten, sondern die vorherrschende Intransparenz, da eine Expertokratie vorhanden, aber nicht offengelegt sei. Nassehi problematisierte die Rechts-Links-Unterscheidung. Obgleich derzeit rechtes Denken in die Öffentlichkeit vordränge und Anstalten mache, sich hier zu etablieren, sei die Unterscheidung in rechts

und links wenig zielführend. Der Komplexität moderner Gesellschaften werde sie nicht gerecht und an den eigentlichen Problemen gehe sie vorbei. Mit Blick auf die Unterkomplexität linker wie rechter Gesellschaftsdiagnosen berichtete Nassehi schließlich äußerst aufschlussreich von seiner Unterredung mit Vertretern der „Neuen Rechten“.⁴

Ausblicke

Im Block *Ausblicke* am dritten und letzten Tagungstag referierte zunächst Lisa Herzog (Frankfurter Institut für Sozialforschung) unter dem Titel *Markt und Gerechtigkeit im Neoliberalismus*. Sie vertrat die These, dass die Rede vom Markt im Neoliberalismus nicht selten ein ideologischer Vorwand sei. Vieles von dem, was am Neoliberalismus als ungerecht empfunden werde, stehe mit einem Marktbegriff im Zusammenhang, der keine akkurate Beschreibung, sondern vielmehr eine Finte sei. Das Problem sei folglich nicht der Markt, sondern das, was hinter diesem verborgen werde. Und das seien „corporate interests“. Expliziert wurde dieses Argument in verschiedenen Kontexten, wo zwar von Markt die Rede, aber faktisch keine Marktstruktur vorhanden sei. Beispielgebend wurde von Firmen berichtet, die Einfluss auf die Rahmenbedingungen des Marktes nehmen, auf Eigentumsrechte, auf Vertragsrecht und dessen Gestaltung sowie auf die Durchsetzung von Recht und Gesetz überhaupt. In all diesen Bereichen sei ein Zurückdrängen von Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftlichen Gruppen zu beobachten und zugleich ein Vormarsch von Unternehmen, die die Rahmenbedingungen zu ihren eigenen Gunsten gestalten. Mit ‚Markt‘ habe dies wenig zu tun, suggeriere der Begriff doch das Vorhandensein von „automa-

4 Die Auseinandersetzung mit Vertretern der „Neuen Rechten“ ist in einem Briefwechsel mit Götz Kubitschek dokumentiert, vgl. Nassehi (2015: 296–330).

tischen Marktteilnehmern“, die nicht beeinflussend, sondern lediglich als Marktteilnehmer figurieren. Angesprochen wurde auch die Frage, was die Rede vom Markt so wirkmächtig werden ließ, dass sie heute als ideologischer Vorwand in Anschlag gebracht werden kann. Neben Ausführungen zum negativen Menschenbild und zu Hayek, der bekanntlich in seiner Nobelpreisrede den Markt als Wissensgenerator pronuncierte, vernahm man hier den interessanten Gedankengang, die Rede vom Markt könne als Erbe aus der Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus begriffen werden. Die Betonung des freien Marktes, und darin involviert der individuellen Freiheit, so die Erklärung, sei gegen Staatseingriffe forciert worden und habe mit der Angst zu tun, der Staat könne substantielle Positionen beziehen und keine Neutralität wahren. In einer solchen Vorstellungswelt bestehe gleichwohl die Gefahr, die ökonomisch Mächtigen blindlings zu hofieren.

Die Tagung schloss mit den Vorträgen von *Tatjana Schönwalder-Kuntze* (LMU München) und *Cornelia Klinger* (Universität Tübingen). Während Schönwalder-Kuntze sich dem *Spannungsfeld zwischen Freiheit und Feminismus* widmete und auf den „Feminismus als regulative Idee“ abhob, referierte Klinger unter dem Titel *Weder eine neue Ehe noch eine „perverse Wahlverwandtschaft“*. Über die „List der Geschichte“ im Verhältnis von *Neoliberalismus und Postfeminismus*. Angeknüpft wurde an den von Klinger bereits in den 1990er Jahren formulierten Gedankengang, der Feminismus sei in seiner Geschichte verschiedene Ehen mit unterschiedlichen Partnern wie Liberalismus, Marxismus und Postmoderne eingegangen (vgl. Klinger 1997). Heute seien diese einstigen Ehepartner allesamt verstorben. Doch zeichne sich ein neuer Verbündeter ab, der Neoliberalismus. Es gebe eine Verbindung zwischen Feminismus und Neoliberalismus, so die These, nämlich das Bekämpfen der bürgerlichen Geschlechterordnung. Situirt sei diese Geschlechterordnung in einer Sphärentrennung, die mit dem Gegensatz öffentlich und privat oder auch System und Lebenswelt angezeigt

werden könne. Durch die Sphärentrennung sei stets ein Bereich des Lebens vorhanden gewesen, der von dem systemischen Betrieb weitgehend verschont geblieben sei. Damit sei aber auch eine Segregation der Frau einhergegangen. Der Neoliberalismus nun pulverisiere jegliche Sphärentrennung, wodurch Frauen Emanzipationsgewinne erfahren. So habe beispielgebend die Hausfrau die Chance, außerhalb des Hauses arbeiten zu können, als Befreiung erlebt, ungeachtet des oft oppressiven Charakters der ihr angebotenen Stelle. Auf diesem Argumentationspfad ließ Klinger am Ende ihres Vortrages noch eine äußerst skeptische Prognose verlauten: Alle Emanzipationsbewegungen könnten vermutlich gerade nur bis zu jenem Punkt vorstoßen, wo sie mit der Entwicklung der systemischen Struktur des Kapitalismus konvergieren.

Der Liberalismus, so lässt sich das Fazit der Tagung ziehen, weist keine eindeutige Essenz auf, weshalb in jeweiligen Konstellationen und Konfliktlagen immer wieder aufs Neue diskursiv bestimmt wurde, wird und werden muss, was liberal bedeutet. Die Frage, was Liberalismus ist, ist also eine komplexe und die Münchener Tagung entließ die TeilnehmerInnen mit einem regelrechten Kosmos von Antwortmöglichkeiten und Anschlussfragen im Kopf. In Anbetracht gegenwärtiger populistischer Stimmungen, wo allzu eilig auf unzweideutig Eindeutiges reduziert und allem Mehrdeutigen der Kampf angesagt wird, ist das ein ebenso wichtiger wie nützlicher Ertrag.

Literatur

- Durkheim, Émile, 1992: Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften, Frankfurt (Main).
- Klinger, Cornelia, 1997: Liberalismus – Marxismus – Postmoderne. Der Feminismus und seine glücklichen oder unglücklichen „Ehen“ mit verschiedenen Theorieströmungen im 20. Jahrhundert. In: Kreisky, Eva / Sauer, Birgit (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. In: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 28, 177–193.

Kondylis, Panajotis, 2001: Das Politische im 20. Jahrhundert. Von den Utopien zur Globalisierung, Heidelberg.

Münch, Richard, 2008: Soziologische Theorie. Band 1: Grundlegung durch die Klassiker, Frankfurt (Main) / New York.

Nassehi, Armin, 2015: Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Al-

ternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss, Hamburg.

Wissner, Markus, 2014: Jüdischer Konvertit Hugo Marcus und muslimische Reaktionen auf den Nazismus. In: Uni Inside, Kupferblau – Campusmagazin Tübingen; <http://kupferblau.de/2014/01/13>, 24.03.2016.